



**Nachrufe in der LVZ**  
Trauerredner Tobias D. Höhn schreibt künftig Nachrufe für die LVZ – ein Interview. **Seite 20**

**KOMMENTAR**



Von Björn Meine

## Den Druck nach außen tragen

Die leitende Mediziner der Uni-Kinderklinik haben zu Pfingsten für Aufsehen gesorgt. Mit ihren Forderungen in einem LVZ-Interview haben sie nicht gekleckert – sondern geklotzt: 24 zusätzliche Arzt-Stellen würde ihre Klinik benötigen, um ihren Aufgaben gerecht zu werden; acht dieser Stellen seien quasi sofort nötig. Klinikdirektor Wieland Kiess und zwei seiner Oberärzte lehnten sich weit aus dem Fenster und kritisierten ihren eigenen Vorstand für dessen Personalpolitik – öffentlich. Der Vorgang ist für sich genommen bemerkenswert. Einfach so wird einen solchen Schritt niemand gehen; da muss der Druck in der Belegschaft schon ziemlich groß sein.

Es wäre nötig, dass diesen Druck auch andere Kinderkliniken in Deutschland nach außen tragen – und dass sie dabei ausdrücklich von ihren Vorgesetzten unterstützt werden. Denn hinter dem Appell der Leipziger Pädiater steht ein generelles Problem, das alle betrifft. Ein gravierendes, strukturelles. Das System der Fallpauschalen vergütet die aufwändigere Behandlung von Kindern nicht ausreichend. Unter anderem deshalb arbeiten viele große Kinderkliniken, die eine spezialisierte Rundum-Betreuung gewährleisten müssen, defizitär. Dieser Umstand entlastet keinen Klinikvorstand davon, seine Pädiatrie bestmöglich auszustatten. Er zeigt aber auch, wohin ein durchökonomisiertes Gesundheitssystem führen kann. Nämlich dazu, dass im Zweifelsfall auch bei den schwächsten Patienten gespart wird, wenn die keinen Erlös bringen. Diesen Fehler muss die Politik schnellstmöglich korrigieren.

► Lesen Sie dazu den Beitrag auf Seite 18

**IN KÜRZE**

### Dachstuhlbrand in Mehrfamilienhaus

Im Ortsteil Althen-Kleinpönsa hat in der Mittwochnacht gegen 23 Uhr der Dachstuhl eines Mehrfamilienhauses gebrannt. Weil das Gebäck nahezu komplett in Flammen stand, rückten die Feuerwehren Kleinpönsa, Mölkau, Engelsdorf und die Berufsfeuerwehr Nord-Ost an. Nach Polizeiangaben wurde bei dem Brand niemand verletzt. Das Haus sei derzeit nicht mehr bewohnbar, hieß es. Der Sachschaden wird nach ersten Schätzungen mit rund 100 000 Euro beziffert. **A. T.**

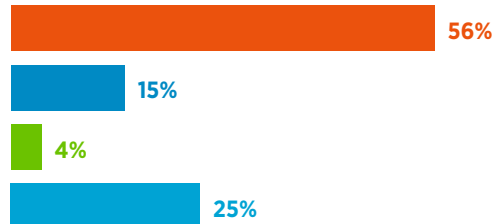
### Fußgängerin von Straßenbahn angefahren

Eine Frau ist am Donnerstag im Leipziger Osten von einer Straßenbahn angefahren und schwer verletzt worden. Nach Angaben der Polizei wurde die 67-jährige Fußgängerin gegen 14.15 Uhr im Bereich der Haltestelle Theodor-Heuss-Straße von der Tram erfasst, als sie die Schienen überqueren wollte und das Fahrzeug mutmaßlich übersah. Am Abend bestätigte die Polizei, dass sie in ein Krankenhaus eingeliefert wurde. **flo**

### LVZ.de-Umfrage

#### Braucht Leipzig mehr Ladesäulen für Elektroautos?

- Ja, es gibt viel zu wenig Ladepunkte.
- Nein, das Netz ist ausreichend.
- Das ist mir egal. Ich lade mein E-Auto zu Hause.
- Das kann ich nicht einschätzen.



STAND: 16. 6. 2022, 19.30 UHR / ABGEGEBENE STIMMEN: 1132

**LVZ** Heute auf LVZ.de: Ein Teil der Merseburger Straße in Leipzig soll autofrei werden. Wie finden Sie das?

# Leuschnerplatz als Standort fürs Freiheitsdenkmal gesetzt

Der Stadtrat hat den Vorschlag des Bürgerrates bestätigt und damit die Weichen für das weitere Verfahren gestellt.

Von Mathias Orbeck

**Leipzig.** Ein weiterer Schritt für das nationale Erinnerungsprojekt an die Friedliche Revolution: Der Stadtrat hat am Donnerstag dem Wilhelm-Leuschner-Platz als Standort für ein Freiheits- und Einheitsdenkmal zugestimmt. Der Leuschnerplatz wurde von einem Bürgerrat vorgeschlagen, den die Stiftung Friedliche Revolution eingesetzt hatte. 35 zufällig ausgewählte Leipzigerinnen und Leipziger gehörten diesem Gremium an. Parallel dazu erarbeitete ein Expertenrat mit Fachleuten von Denkmalskultur, Kunst und Architektur eine Konzeption für einen künstlerischen Wettbewerb. Auch diesem wurde zugestimmt. Als Standort für das Denkmal geht es nur um einen markanten Teil des westlichen Leuschnerplatzes. Das Denkmal soll dort als „prägender, aber integraler Bestandteil einer öffentlichen Platzfläche entwickelt werden“. 37 Stadträte stimmten zu, acht waren dagegen, neun enthielten sich der Stimme.

#### Kulturbürgermeisterin: Ein starkes Signal ans Land

„Von diesem Beschluss geht ein starkes Signal an den Bund und das Land aus“, sagte Kulturbürgermeisterin Skadi Jennicke (Die Linke). Leipzig wolle dieses Denkmal. Das sei auch ein Signal an jüngere Generationen, die die Friedliche Revolution nicht erlebt haben. Der Stadtrat solle umfassend beteiligt werden, so Jennicke. Leipzig stellt für den Neustart des Verfahrens der Stiftung Friedliche Revolution von 2022 bis 2024 jährlich 75 000 Euro zur Verfügung. Katharina Krefft (Grüne) erinnerte daran, dass das erste Verfahren „bürgerfern“ gewesen sei und daher zu Recht beendet wurde. „Jetzt ist der Stiftung mit dem Bürgerrat ein beteiligungsorientiertes Verfahren gelungen.“ Eine politische Einflussnahme dürfe es aber nicht geben. Die letzte Entscheidung habe allerdings der Stadtrat.

Christian Kriegel (AfD) respektiert zwar das Votum des Bürgerrates zum Standort Leuschnerplatz. „Der Vorschlag ist aber alles andere als repräsentativ“, kritisierte er. Ein Änderungsvorschlag, einen Bürgerentscheid durchzuführen, fand aber keine Mehrheit. 46 Abgeordnete lehnten das ab.



Auf einem markanten Teil des westlichen Leuschnerplatzes soll das Freiheits- und Einheitsdenkmal entstehen. FOTO: WOLFGANG SEN

„Es ist kein reines Leipziger Denkmal“, sagte Michael Weickert (CDU). Deshalb sei es ein Denkmal für 80 Millionen Deutsche und die Demokratie. Weitere Verzögerungen wären für Leipzig „eine Blamage ersten Ranges“. Christian Schulze (SPD): „Es muss erklärt werden, dass es hier um mehr geht, als um die Erinnerung an die Leipziger Demonstrationen.“ Es gehe um Demokratie in ganz Deutschland, die Überwindung der deutschen Teilung und Erinnerung an den Aufbruch nach Europa.

Franziska Riekewald (Die Linke): „Die Leute schreien nicht ‚Juhu‘ nach diesem Denkmal.“ Die Linke werde den Prozess kritisch begleiten. Essenziell sei, zuerst einen Freiheits-Wettbewerb für den Leuschnerplatz zu machen. Ute Elisabeth Gabelmann (Freie Wähler) fand es schlimm, dass der Bürgerentscheid abgelehnt wird. Sie enthielt sich der Stimme.

„Von diesem Beschluss geht ein starkes Signal an den Bund und das Land aus.“

Skadi Jennicke, Kulturbürgermeisterin

#### Ein künstlerischer Wettbewerb wird im Juni 2023 ausgelobt

Wie geht es nun weiter? Die Stiftung Friedliche Revolution organisiert und koordiniert das gesamte Wettbewerbsverfahren. Dafür kann sie ein Wettbewerbsbüro oder eine Agentur engagieren. Darüber hinaus besetzt sie bis Ende dieses Jahres eine siebenköpfige Findungskommission, der ausschließlich Fachleute angehören dürfen, sowie eine Jury. Vertreter von Parteien, Vereinen und der Stadtverwaltung dürfen der Findungskommission nicht angehören. Die Jury kürt letztlich einen Wettbewerbsentwurf als Sieger. Der künstlerische Wettbewerb soll bis Juni 2023 ausgelobt werden. Das Denkmalsverfahren wird mit einem parallel stattfindenden Wettbewerb zur Gesamtgestaltung des Wilhelm-Leuschner-Platzes verknüpft. Die künftige Platzgestaltung soll 2023 europaweit ausgelobt und ab dem Jahr 2026 realisiert werden.

## Merseburger Straße soll Flaniermeile werden

Mit einem Beschluss hat die Ratsversammlung am Mittwoch Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) beauftragt, Möglichkeiten für die Verbesserung der „städtebaulichen Qualität des öffentlichen Raums“ in Teilen der Merseburger Straße zu prüfen. Kern des Beschlusses sind mehrere Maßnahmen, die das Rathaus nun untersuchen soll. Dazu gehört laut Beschluss „die Möglichkeit, die Merseburger Straße zwischen Karl-Heine- und Aurelienstraße (...) als Geschäfts- und Freisitzstraße (Flaniermeile) zu entwickeln“.

Geht es nach dem Stadtrat, soll der Bereich zwischen Enders- und Karl-Heine-Straße ganz oder in Teilen als Fahrradstraße ausgewiesen werden. Auch ganze Quartiersabschnitte könnten so gekennzeichnet werden. Nach erfolgreicher Evaluation sollen die angeführten Punkte, also etwa Fahrradstraße und Flaniermeile, bis zum dritten Quartal 2023 geplant werden. Als Zeithorizont für die erfolgreiche Umsetzung „niedrigschwelliger Maßnahmen“ – dazu gehört auch die Umstufung im Abschnitt zwischen Karl-Heine und Aurelienstraße – wird das vierte Quartal 2024 genannt.

Die Pläne für den Leipziger Westen sind aber noch weitreichender – so sieht es zumindest der Änderungsantrag der Grünen vor, der ebenfalls am Mittwoch verabschiedet wurde. Wichtigster Punkt darin: In Anlehnung an die Mobilitätsstrategie 2030 soll die abschnittsweise Umgestaltung der Merseburger Straße „als Pilotprojekt für den Aufbau von Flaniermeilen dienen“. Demnach sollen die Maßnahmen auch auf den Teil der Merseburger Straße zwischen Karl-Heine-Straße und Zschocherscher Straße erweitert werden. Zudem wird die Prüfung einer „komplett durchgehenden Flaniermeile auf der Merseburger Straße zwischen Lützner Straße und Zschocherscher Straße“ gefordert. **Florian Reinke**



Blick von der Aurelienstraße in den autofreien Teil der Merseburger Straße. FOTO: JONAS DENGLER

# Bombenbastler nach Explosionsserie vor Gericht

Prozess am Montag: Nebenkläger erlitt durch Sprengkörper Augenverletzung und Verbrennungen

Von Frank Döring

Bis Frühjahr 2021 arbeitete der Informatiker bei Reiseportalen, dann soll er plötzlich gefährliche Sprengfallen gebastelt haben: Nach einer beängstigenden Explosionsserie von Juni bis September vorigen Jahres im Leipziger Stadtzentrum beginnt am kommenden Montag am Landgericht der Prozess gegen Florian O. (34). Die Staatsanwaltschaft wirft ihm zweifaches Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion sowie gefährliche Körperverletzung vor, weitere zwei Fälle blieben im Versuch stecken. Der mutmaßliche Serientäter flog auf, als ein weiterer Sprengkörper in seiner Wohnung in Zentrum-West explodierte.

Schon die erste angeklagte Tat hätte üble Folgen haben können: Am 6. Juni 2021 soll Florian O. in einem Altkleidercontainer in der Käthe-Kollwitz-Straße zwei Sprengfallen deponiert haben – eine Plastik- und eine Glasflasche mit Glycerin. Schon mit der Explo-



Polizeieinsatz nach dem Fund einer Sprengstofffalle an der Grundschule in der Lessingstraße in Leipzig. FOTO: ANDRÉ KEMPNER

sion der ersten Flasche wurde der Container stark beschädigt – zum Glück war kein Mensch in der Nähe. Die Glasflasche wurde dann von der USBV-Gruppe (Unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtungen) des Landeskriminalamtes kontrolliert gesprengt.

Weitaus schlimmer waren die Folgen eines detonierten Sprengsatzes gut zwei Monate später, am

16. August. Der präparierte Pappkarton war in der Schreiberstraße am Stadthafen in einem unbeleuchteten Bereich abgelegt worden. Gegen 0.50 Uhr stieß der 41-jährige Eike S. versehentlich dagegen und löste damit die Explosion aus. Seine Brille wurde ihm vom Gesicht gerissen, er zog sich eine Verletzung am rechten Auge sowie Verbrennungen an Händen,

Armen und Beinen zu. Eike S. wird in dem Prozess auch als Nebenkläger auftreten.

Schon ein paar Tage später soll Florian O. die nächste Sprengfalle platziert haben. Auf dem Fußweg an der Jahnallee im Bereich Marschnerstraße/Coblenzer Straße kam am 29. August gegen 9.30 Uhr ein Fußgänger mit einer präparierten Verpackung für hochwertige Kopfhörer in Berührung – und wieder krachte es. Der Mann erlitt Verbrennungen an Bauch und rechter Hand.

Besonders perfide: Im September soll der Angeklagte einen Sprengsatz in der Nähe der Grundschule in der Lessingstraße deponiert und es laut Anklage billigend in Kauf genommen haben, dass Schulkinder damit in Kontakt geraten. Am 16. September gegen 11.50 Uhr entdeckte ein Erzieher die verdächtige Metallschachtel mit heraushängenden Kabeln. Zeugen zufolge konnte der Sprengsatz aber auch schon seit etwa 8. oder 9. September dort gelegen haben. Die

Polizei sperrte den Bereich weiträumig ab. Verletzte gab es nicht, der Sprengkörper war offenbar Tage vorher unbemerkt explodiert.

Schließlich kam sich der mutmaßliche Bombenbastler offenbar selbst in die Quere. Als er der Anklage zufolge am 11. Oktober einen weiteren Sprengsatz aus einer Druckgasflasche bauen wollte, ging vermutlich etwas schief und der Sprengkörper explodierte in seiner Wohnung in der Alexanderstraße – ganz in der Nähe der anderen Tatorte. Florian O. verletzte sich dabei und musste in ein Krankenhaus eingeliefert werden, wo er dann auch festgenommen wurde. Seit 13. Oktober sitzt der nicht vorbestrafte Ex-Unister-Beschäftigte in Untersuchungshaft. Zu den Tatvorwürfen und seinen Motiven hat er sich nach Behördenangaben bisher nicht geäußert.

Die 17. Strafkammer hat für den Prozess lediglich zwei Verhandlungstage eingeplant. Ein Urteil könnte demnach schon am Dienstag verkündet werden.